

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 23 (1931)
Heft: 4

Artikel: Zur Frage der nationalen Stabilisierung des Preisniveaus
Autor: Marbach, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352496>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

eine Frage der wirtschaftlichen Machtverhältnisse zwischen Unternehmertum und der organisierten Arbeiterschaft. Doch die Tatsache, dass gewichtige wirtschaftliche Gründe gegen einen Lohnabbau sprechen, und das Bewusstsein, eine gerechte Sache zu vertreten, werden die Gewerkschaften bestärken in dem festen Willen, mit allen verfügbaren Kräften den Kampf zu führen gegen eine Senkung des gegenwärtigen Lohnniveaus.

Zur Frage der nationalen Stabilisierung des Preisniveaus.

Von Prof. Dr. Fritz Marbach, Bern.

Auf Antrag des Genossen Hans Schumann, Verfasser des kürzlich erschienenen Buches «Arbeiterklasse und Geldpolitik» hat die thüringische Parteisektion Schmölln dem kommenden deutschen Parteitag folgenden Antrag zur Entscheidung vorgelegt:

«Der Parteiverein Schmölln beantragt, dass die Parteileitung — im Einklang mit den Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Stockholm — den wirtschaftsschädigenden Preisabbau, der durch die internationale Goldaufwertung bedingt ist, aufs schärfste bekämpft. Da die Währungs- und Kreditpolitik wegen ihrer engen Zusammenhänge mit dem Konjunkturverlauf von grösster Wichtigkeit für die Arbeiterklasse ist, ist vom sozialistischen Standpunkt aus die Forderung aufzustellen, dass die nationalen Notenbanken zur Erhaltung der Beschäftigungsmöglichkeiten das Preisniveau ohne Rücksicht auf Wechselkurse zu stabilisieren haben.»

In einem Brief vom 2. Februar 1931 hat mich Genosse Schumann eingeladen, ihm ein kurzes Gutachten zu diesem Antrag zuzustellen. Da die durch den Antrag Schmölln und in meiner Antwort aufgeworfenen Fragen von allgemein theoretischer Bedeutung sind und auch für die schweizerische Wirtschaftspolitik nicht belanglos erscheinen, so hielt ich es für gegeben, die Antwort an den Genossen Schumann der «Gewerkschaftlichen Rundschau» zur Verfügung zu stellen:

Vernehmlassung zum Antrag der Parteisektion Schmölln betr. Stabilisierung des Preisniveaus.

Sie wünschen von mir ein Gutachten über Ihren am Parteitag der S.P.D. zu stellenden Antrag. Ich komme Ihrem Wunsche, mich zu dem Antrag zu äussern, gerne nach, möchte aber beifügen, dass es sich nur um eine kurze und freie Meinungsäusserung, nicht um das handeln kann, was man gewohnheitshalber unter «Gutachten» zu verstehen geneigt ist. Um in diesen komplexen und profunden Fragen ein Gutachten zu erstellen, müsste man sehr viel Zeit zur Verfügung haben (was bei mir momentan infolge dringender Redaktionsarbeiten für die Eidg. Preisbil-

dungskommission nicht der Fall ist), um eine Fülle von Material und Meinungsäußerungen massgebender Fachleute neu zu überprüfen und zu sichten. Ich bin der Meinung, dass die Probleme, die hier in Frage stehen, so umfassender und komplexer Natur sind, dass der Intellekt eines einzelnen nicht mehr imstande ist, allen wichtigen Beziehungen und Gedankenverbindungen, die sich aufdrängen, die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Im allgemeinen sehen wir in bezug auf die Frage künftiger Währungs-gestaltung wohl Probleme und Ziele, aber wir dürfen nicht behaupten, dass es gelingen wäre, in bezug auf die Methoden einer bessern Währungsgebarung zu jener wenigstens relativen Einheitlichkeit der Forderungen zu gelangen, die die Voraussetzung eines währungspolitischen Erfolges der Arbeiterschaft ist. Es wäre daher vor allem zu verlangen, dass die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften auf internationalem Boden zu einer Abklärung und Vereinheitlichung derjenigen Methoden gelangen würden, die erst imstande wären, der erfreulichen Prinzipien-erklärung der Zürcher Konferenz die notwendige geldpolitische Aktion folgen zu lassen. Ich komme auf diesen Punkt zurück.

Da der Sozialismus, im Gegensatz zu einem rein kommunistischen System, es den Menschen freistellt, welche Güter sie im Rahmen ihres Einkommens zu verwenden und welche Dienste sie zu beanspruchen gedenken, so halte ich vom sozialistischen Standpunkte aus die Frage der genügenden Zirkulationsmittelversorgung nicht nur innerhalb des bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystems für wichtig, sondern ich betrachte diese Frage auch als grundsätzlich bedeutend für die Organisation einer sozialistischen Gesellschaft. Sobald in einem Wirtschaftssystem die Menschen über ihr Einkommen in der Weise frei verfügen dürfen, dass sie nach individuellen Wünschen und Zweckbestimmungen konsumieren können, bedarf diese Wirtschaft zu ihrer Regulierung, namentlich auch zur Regulierung ihrer Produktion, einer freien Preisbildung innerhalb der planwirtschaftlichen Gegebenheiten. Die Ansicht, dass eine sozialistische Wirtschaft eine reine Planwirtschaft, im Sinne der absoluten Ausschaltung der vom kapitalistischen System her bekannten Preisfunktion darstelle, halte ich für abwegig. Eine solche Wirtschaftsorganisation wäre kommunistisch. Freie Preisbildung (innerhalb planwirtschaftlicher Gegebenheiten) und Planwirtschaft erscheinen mir somit nicht als sich absolut ausschliessende Gegensätzlichkeiten. Ich habe mir auch eine geldlose sozialistische Wirtschaft nie vorstellen können. Wenn wir aber des Geldes auch innerhalb einer sozialistischen Wirtschaft bedürfen, so erscheint es klar, dass die Gefahren einer unzulänglichen Organisation der Zirkulationssphäre der Wirtschaft, wie wir sie vom kapitalistischen System her kennen und gerade jetzt verspüren, grundsätzlich auch in einer nicht auf dem Profitprinzip aufgebauten sozialistischen Wirtschaft kaum von Prinzipes wegen ausgeschaltet wären. Auch

in einer sozialistischen Wirtschaft müsste eine Geldversorgung, die auf das expansive Produktionsvolumen nicht genügend Rücksicht nähme und daher der Geldeinheit das Odium schwankender Kaufkraft verliehe, zu Versorgungs- und damit zu Produktionsstörungen führen. Ich schreibe das, verehrter Genosse, um zu zeigen, dass ich es gerade vom Standpunkt einer sozialistischen Wirtschaftsorganisation aus begrüße, dass Sie in der Partei eine Frage zur Diskussion stellen, die nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für eine, wie wir hoffen, sozialistische Zukunft von Wichtigkeit ist. Eine Frage für sich ist es, ob der fertig formulierte Antrag, so wie er vorliegt, akzeptabel erscheint oder nicht. Ich werde mich Ihrem Wunsche gemäss darüber noch äussern.

Wenn ich Sie recht verstehe, so bezwecken Sie mit Ihrem Vorschlag eine Gesundung der Wirtschaft schon innerhalb des kapitalistischen Systems, ausgehend von der (mir richtig erscheinenden) Annahme, dass wir nicht nur die Hauptpflicht haben, eine sozialistische Wirtschaft vorzubereiten, sondern auch die Nebenpflicht, das Leben der Arbeiterschaft schon innerhalb der geltenden Wirtschaftsorganisation lebenswerter zu machen. Sie haben mich in Ihrem Buche « Arbeiterklasse und Geldpolitik » öfters zitiert. Ich brauche daher nicht zu wiederholen, dass ich wirklich der Ansicht bin, dass die Krise, unter der die Welt heute leidet, zum Teil auf monetäre (von der Geldseite her bedingte, Red.) Unzulänglichkeiten, die mit der Frage der Goldwährung und der internationalen Goldverteilung zusammenhängen, zurückzuführen ist. Die Tatsache, dass wir einerseits vor riesigen, greifbaren Bergen von Gütern stehen und andererseits vor einer höchst unzulänglichen Bedarfsdeckung von Millionen Menschen, beweist, dass das Zentralproblem der gegenwärtigen Wirtschaft nicht in erster Linie ein Produktionsproblem ist, sondern ein Zirkulations- resp. Verteilungsproblem. Wenn es heute gelänge, diejenige Kaufkraft zu schaffen oder zu mobilisieren und am richtigen Ort einzusetzen, die notwendig wäre, um wenigstens einen Teil der brachliegenden Güter dem Konsum zuzuführen, so wäre die Krise zum mindesten viel erträglicher. Von Inflation könnte man mit Recht nicht reden, weil die zusätzliche Kaufkraft bzw. die zusätzliche oder zusätzlich in Bewegung gesetzte Geldmenge keine Aufblähungserscheinung wäre, sondern lediglich dazu diene, Güter umzuschlagen, denen ein äquivalentes Geldvolumen nicht gegenübersteht oder deren äquivalentes Geldvolumen nicht mobilisiert ist. (Ich denke da z. B. an die in Frankreich, in Holland, in der Schweiz und auch anderswo sterilisierten Mittel.) Unter diesem Gesichtswinkel sind auch die Theorien vom schöpferischen Kredit zu betrachten. Aus dem Nichts kann man nichts machen, aber Kredit kann insofern schöpferisch sein, als er Güter in Zirkulation zu bringen vermag, die ohne die sogenannte «Kreditschöpfung» ihr Zirkulationsäquivalent nicht gefunden hätten. Wenn ich nicht irre, so ist

auch Braunthal — um nur einen hervorragenden Theoretiker zu nennen — ähnlicher Ansicht. Ich glaube, werter Genosse: Bis zu diesem Punkt sind wir gleicher Meinung.

Mit einer wichtigen Ausnahme: Sie werden beachtet haben, dass ich oben schrieb, dass unter den skizzierten Bedingungen die Krise zum mindesten viel erträglicher wäre. Hier komme ich auf eine Frage zu sprechen, in der wir möglicherweise nicht derselben Ansicht sind. Ich glaube nicht, dass man die monetäre Frage heute leicht überschätzen kann, aber ich bin u. a. in dem Punkt einer Meinung mit den Genossen der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik und andern, dass tatsächlich die Krise nicht nur eine monetäre Krise ist. Ich halte es durchaus für wünschenswert, dass Sie mit soviel Energie auf jene monetären Unzulänglichkeiten hinweisen, die in den sozialistischen Parteien fast aller Länder zuwenig Beachtung finden, weil die offenkundige Wahrheit nicht überall erkannt wird, « dass mit dem Eintritt des Geldes in die Wirtschaft ein neuer Bestimmungsgrund hinzutritt, der, weil das Geld nicht wie alle übrigen Gegenstände des wirtschaftlichen Handelns, selbst Bedürfnisse zu befriedigen, eine Nachfrage zu stellen vermag, die strenge Interdependenz und Geschlossenheit des Gleichgewichtssystems aufhebt und Bewegungen der Wirtschaft ermöglicht, die innerhalb des Gleichgewichtssystems unvorstellbar sind ». (Hayek, « Geldtheorie und Konjunktur », Seite 14.)

Aber bei aller Anerkennung der Aufgabe, der Sie sich gewidmet haben, kann ich nicht zu dem Schlusse gelangen, dass die monetären Unzulänglichkeiten einzige Krisenursache sind. So befriedigend es an sich sein müsste, zu einem « Krisenmonismus » zu gelangen — die Wirklichkeit zeigt doch, dass die Krisenursachen sehr komplexer Natur sind, dass, abgesehen von den Störungen der freien Preisfunktion durch Kartelle usw., abgesehen von den Fehlern der bürgerlichen Lohnpolitik, von politischen Konstellationen etc., namentlich auch Disproportionalitäten der Güterproduktion eine kaum zu bestreitende Schuld an den Krisen allgemein und an der gegenwärtigen Krise im besondern tragen. Es würde zu weit führen, in dieser kurzen Vernehmung auf die Fülle der Beispiele einzutreten, die die Welt in dieser Beziehung bietet. Ich beschränke mich auf ein typisches Beispiel, dasjenige der Kaffeeproduktion. Im brasilianischen « Jornal do Commercio » schrieb Mario Pinto Serva am 28. November 1930: « Vom Juli 1927 bis zum Juli 1930 hat die Weltproduktion an Kaffee von total 91,929,000 Säcken die Konsumtion (Nachfrage) um 22,588,000 Säcke überschritten. Die Krise ist daher einzig der Diskrepanz zwischen Produktion und Konsumtion zuzuschreiben. » Der letzte Satz ist eine Binsenwahrheit und versucht die Krise aus der Krise zu erklären. Aber die Zahlen sind ausserordentlich instruktiv. Sie werden in ihrer Bedeutung noch kumuliert, wenn man die überschüssigen Brasil-

bestände, die im Herbst 1930 wohl mehr als eine Jahres-Konsumtionsmenge ausmachten, gesondert betrachtet.* Die Kaffeeüberzeugung Brasiliens ist, wie allgemein bekannt, nicht in erster Linie den bessern Ernten pro Strauch, sondern auch der stark vergrößerten Ernte infolge Neupflanzungen zuzuschreiben, welche Neupflanzungen wiederum zurückzuführen sind auf die die Preise hochhaltende Verteidigungspolitik des Paulistaner Kaffeeinstitutes ehemaligen Regimes. Profitinteressen haben hier, allerdings nicht auf freiem Markt, zu einer Disproportionalität der Güterproduktion geführt, wie sie selbst Marx kaum vorausgeahnt haben dürfte. Nun kenne ich wohl den Einwand, der hier gemacht werden wird. Man wird mir entgegen, dass es sich auch hier nicht um Ueberproduktion, sondern um Unterkonsumtion mangels genügender Kaufkraft der letzten Konsumenten handle. Ich habe da, wo es sich um Getreide handelt, alles Verständnis für diese Auffassung, und ich teile sie in bezug auf viele Güter, bei denen man oberflächlicherweise eine Ueberproduktion annimmt. Aber die Dinge liegen doch nicht überall so klar im Sinne einer offensichtlichen Unterkonsumtion vor. Selbst dann, wenn in Amerika, Europa und Australien der wirkliche Bedarf der Bevölkerung (also nicht die Nachfrage, die ich als kaufkraftgestützten, am Markt in Erscheinung tretenden Bedarf bezeichne) befriedigt würde, so ist nicht anzunehmen, dass Ueberproduktion nicht mehr vorläge. Die Erfahrung zeigt, dass gerade der Konsum von Kaffee nicht sehr stark schwankt. In der Schweiz schwankte der Konsum pro Kopf der Bevölkerung von 1881—1928 zwischen 3,081 und 3,396 kg. Dieses Produkt ist nicht wie viele andere krisenempfindlich, schon deshalb nicht, weil gewisse Bevölkerungsschichten in Krisenzeiten aus Ersparnisgründen eher mehr als weniger Kaffee trinken, namentlich dort, wo Kaffee als Streckmittel für Milch in Betracht fällt. Wir können deshalb annehmen, dass in den genannten Erdteilen die Nachfrage nach diesem Produkt vom Bedarf nicht so sehr abweicht wie bei vielen andern Gütern, etwa bei Baumwolle oder Weizen. Wendet man ein, dass Zichorie verdrängt werden könnte, so mag das stimmen, aber dann werden wir einfach an Stelle eines Teils der Kaffeeüberproduktion mit einer Zichorienüberproduktion zu rechnen haben. Dasselbe ist zu beachten hinsichtlich des bevölkerungsmässig bedeutendsten Erdteiles: Asiens. Wohl könnte hier der Kaffeekonsum noch ausgedehnt werden, aber das würde nur auf Kosten des Thees geschehen. Wie immer man bei diesem Produkt (Kaffee) die Dinge betrachtet, stets zwingt sich der Schluss auf,

* 29 Millionen Sack bei 22—23 Millionen Sack Jahreskonsumtion. *Faucherè* spricht von 29 Millionen Sack nach offizieller Angabe des Präsidenten der brasilianischen Hypothekenbank im Juli 1930 und von 40 Millionen inkl. laufende Ernte. (*L'Economie Internationale, journal de la Chambre de commerce internationale*, Nr. 9, Januar 1931.) Aehnliche Zahlen publizierte u. a. auch das «Berliner Tageblatt».

dass eine Ueberproduktion vorliegt. Sie mag nicht den jetzt unverkäuflichen Stocks entsprechen, aber in bedeutendem Umfange ist sie da. Das ist nur ein Beispiel neben andern, und es handelt sich « nur » um Kaffee. Aber dieser Kaffee ist das Hauptprodukt eines bedeutenden Landes, und alle diejenigen, die den Mechanismus der brasilianischen Kaffeearbeitung einigermaßen kennen, werden nicht bestreiten, dass das Kaffeeverhängnis Brasiliens, namentlich aber des Paulistaner Monokulturgebietes, eine recht beachtliche Quelle von Krisenerscheinungen sein kann und wirklich auch ist. Immer mehr erweist sich, dass Kapitalfehlleitungen gerade in der agrikolen Produktion eine nicht unbedeutende Krisenursache darstellen. Solche Kapitalfehlleitungen, die zu « disproportioneller Produktion » führen, sind auch in der Industriewirtschaft bekannt. Die Welt ist wirklich nicht so einfach, wie die rein monetäre Theorie sie sich vorstellt. Ich möchte deutlich betonen, dass ich mit diesen Hinweisen nicht zu widerlegen versuche, dass das Krisenproblem, so wie es sich in der kapitalistischen Wirtschaft jetzt stellt, in bedeutendem Masse auch ein Problem der Zirkulationssphäre, d. h. ein Problem volkswirtschaftlich zulänglicher oder unzulänglicher Geld-Kredit- und -Währungspolitik ist. Nur scheint mir, dass diese Erkenntnis den Wirtschaftstheoretiker nicht davon dispensieren darf, andere als sogenannte monetäre Krisenursachen ebenfalls zu beachten. So scheint mir z. B. ein Zweifel darüber nicht gerechtfertigt, dass die gegenwärtige Krise mehr ist als eine der bekannten periodischen Krisenerscheinungen und dass sie, soweit sie über die periodische Krise hinausgeht, mit einer Verlagerung des Preisniveaus des Goldes immer noch nicht voll erklärt ist. Mir scheint, dass die gegenwärtige Krise bis zu einem gewissen Grade auch als **Systemskrise** zu werten ist: Eine der grundlegenden Spielregeln der kapitalistischen Wirtschaft ist die **freie Preisfunktion**. In Wirklichkeit leben wir heute aber ebensowenig in einer rein kapitalistischen Wirtschaft als die Menschen des 17. oder 18. Jahrhunderts in einer rein feudalen Wirtschaft lebten. Einmal hat sich der Kapitalismus durch seine Kartell- und Monopolwirtschaft selber eine Spielregel geschaffen, die sich mit dem klassischen Wirtschaftsregulativ der freien, Preisfunktion, nicht verträgt, und dann sind in der heutigen Wirtschaft Kräfte mannigfach wirksam, deren Regulativ aus einer bewusst planmässigen Wirtschaftsgestaltung herauskonstruiert wird. Wir leben in einer Zeit, da zwei Wirtschaftssysteme sich aneinander reiben. Das System der freien Preisfunktion mag de jure und als Prinzip noch so bedeutend sein, das Prinzip bewusster privater oder kollektiver Wirtschaftsplanung regt sich mächtig. Ich darf mir raumeshalber nicht erlauben, auf die Frage näher einzutreten, inwiefern eine kombinatorische Gestaltung der beiden Spielregeln « freie Preisfunktion » und « bewusste Wirtschaftsplanung » möglich erscheint. Ich habe einleitend einige Andeutungen darüber

gemacht. Wenn wir nicht gar zu genau sein wollen, so dürften wir vielleicht sagen, dass wir heute, ganz abgesehen von den Kämpfen um sozialistische oder kapitalistische Eigentumsordnung, mitten in einem Kampf stehen zwischen dem Prinzip der freien Preisbildung, so wie die Klassiker es verstanden, und zwischen dem (ethischen) Preisbildungsprinzip des mittelalterlichen *pretium justum* (gerechter Preis, Red.). Die Reibungen, die dadurch in der Wirtschaft entstehen, erachte ich ebenfalls als wesentliche Bestandteile des jetzigen «Krisenmotivs». Die Wirkung dieser Systemsreibung auf die Wirtschaft ist um so grösser, je mannigfacher die Zahl derer ist, die sich anmassen, ganz privat und subjektiv bestimmen zu wollen, was als «gerechter Preis» zu gelten hat.

Ich glaube, durch die bisherigen Ausführungen einigermaßen ausgedrückt zu haben, wie ich mich zu dem Krisenproblem stelle. Ich glaube ferner, denjenigen zustimmen zu müssen, die über das monetäre Argument hinaus nach weiteren Bestimmungsgründen und Ursachen der Krise suchen. Aber ich kann auch nicht bestreiten, dass Sie durch Ihren Antrag ein Krisenmoment zur Diskussion stellen, das eines der hervorstechendsten und unabgeklärtesten, daher auch diskussionsnotwendigsten ist.

Eine Frage für sich ist die Redaktion Ihres Antrages. Hierzu gestatte ich mir ebenfalls einige Bemerkungen: Darüber, dass ich die organische Ueberwindung der Goldwährung und die Erreichung eines nach Möglichkeit stabilen Preisniveaus als volkswirtschaftlich wünschbar erachte, sind Sie als Leser der schweizerischen Partei- und Gewerkschaftspresse, wie ich aus Ihrem Buche ersehe, wohl unterrichtet. Ich habe ein «Credo» in dieser Beziehung auch in meiner Schrift über den schweizerischen Kapitalexpert niedergelegt. Mc Kenna hat vor kurzem als Vorsitzender der Midland Bank die Wünschbarkeit eines stabilen Preisniveaus wie folgt ausgedrückt: «Von grosser Wichtigkeit ist vor allem die Einsicht der absoluten Notwendigkeit eines stabilen Niveaus der Warenpreise. Handel und Industrie können nicht gedeihen, wenn die Geldeinheiten der Welt so grosse Sprünge in bezug auf diese verkörpernde Kaufkraft aufweisen.» Er hat dieser sehr positiven Äusserung aber eine Bemerkung beigefügt, die mir äusserst beachtlich erscheint: «Es kommt nicht nur auf die absolute Geldmenge an, sondern auch auf die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und auf die Art der Verwendung desselben durch das Publikum. Die Notenbanken können wohl die absolute Geldmenge kontrollieren; sie haben es aber nicht in der Hand, auf den Umfang desjenigen Teiles derselben, der für die Anschaffung von Gütern und Dienstleistungen Verwendung findet, einen entscheidenden Einfluss auszuüben, und das wäre gerade notwendig.» Er fügte dann später wieder optimistischer hinzu: «Aber ist dies ein Beweis für die Unmöglichkeit der Lösung des Problems überhaupt? Wer bedenkt, wie

lange es gebraucht hat, bis man die richtige Handhabung der Diskontschraube erlernt hat — und wie oft hat es selbst hier verfehlte Massnahmen gegeben, welche die Kritik herausforderten? — wird doch nicht verlangen wollen, dass das ungleich schwerere Problem der Stabilisierung des Preisniveaus mit Hilfe monetärer Massnahmen in einer praktisch einwandfreien Form von heute auf morgen gelöst werde.»

Mir scheint nun, dass Ihr Antrag insofern eine « Lösung von heute auf morgen » darstellt, als er eine nationale Stabilisierung ohne Rücksicht auf die Wechselkurse verlangt. Zweifellos, wenn man auf nationaler Grundlage stabilisieren will, dann kann eine Rücksicht auf die Wechselkurse nicht in Betracht fallen. Aber es fragt sich — und das schiene mir für diejenigen, die grundsätzlich ein stabiles Preisniveau erstreben, namentlich der Diskussion wert zu sein —, ob nicht ein Weg gangbar wäre, der zu einem stabileren Preisniveau führen könnte, ohne gleichzeitig jene grossen Nachteile mit sich zu führen, die stark schwankende Wechselkurse für diejenigen Länder (z. B. Schweiz, Deutschland) im Gefolge haben, die einen besonders intensiven Aussenhandel pflegen. Wenn ich recht sehe, so wachsen die Bedenken gegen ein nationales Experiment der Stabilisierung des Preisniveaus gerade bei denjenigen Wissenschaftlern, die auf die monetäre Seite der Krisenerscheinungen frühzeitig und mit besonderem Nachdruck hingewiesen haben. So steht meines Wissens J. M. Keynes (sein letztpubliziertes Buch habe ich noch nicht gelesen) auf dem Standpunkt, dass nur eine Kooperation der Notenbanken und die Organisation der Kreditpolitik auf Grund eines international kombinierten Preisindex zu befriedigenden Stabilisierungserfolgen führen können. Da die Verkettung der nationalen Wirtschaften jeden Tag intensiver wird und da die Preisbildung in der Tat heute eine internationale Angelegenheit ist, so kann ich mir nicht vorstellen, dass die durch die internationale Goldaufwertung bedingten Störungen der Wirtschaft allein durch nationale Massnahmen in befriedigender Weise behoben werden könnten. Die Idee der Stabilisierung des Preisniveaus innerhalb eines einzelnen, auf viel aussernational produzierte Güter angewiesenen Landes ist offensichtlich mit vielen jener Nachteile behaftet, die ein charakteristisches Merkmal autarker Wirtschaftstheorien sind. Wenn auch nicht zu bestreiten ist, dass eine Preisstabilisierung auf nationaler Grundlage technisch möglich erscheint, so darf doch nicht vergessen werden, dass die fortwährende Unsicherheit der Wechselkursgestaltung von so bedeutenden Störungen der Wirtschaft begleitet sein müsste, dass an Stelle ausgeschalteter Nachteile andere Nachteile treten würden.

In Ihrem Antrag schrieben Sie endlich von einem « wirtschaftsschädigenden Preisabbau » schlechthin. Diese Fassung scheint mir zwei wesentliche, voneinander zu trennende Probleme fälschlicherweise auf einen einheitlichen Nenner zu setzen: Nie-

mand wird heute im Ernste bestreiten wollen, dass die durch die Goldaufwertung bedingte Absenkung des internationalen Preisniveaus eine Mitschuld an der gegenwärtigen Krise trägt. Allein in bezug auf die Funktion der Grosshandels- und der Kleinhandelspreise ist eine gesonderte Betrachtungsweise unerlässlich: Gestatten Sir mir, dass ich das der Einfachheit halber durch ein Zitat aus meiner soeben erschienenen kleinen Schrift * kurz begründe:

«Trotzdem, wie im Abschnitt über die monetäre Seite des Preisproblems angedeutet wurde, sinkende Preise im Grosshandel meist krisenfördernd wirken (theoretisch nicht immer müssen), muss nach dem Absinken der Grosshandelspreise die Krise verschärft werden, wenn die Kleinhandelspreise auf ihrem alten Niveau einfrieren. Man muss sich hüten, Grosshandelspreise und Kleinhandelspreise in allen ihren ökonomischen Funktionen zu identifizieren. So verhängnisvoll in der Tat die Schwankungen des Grosshandelspreisniveaus erscheinen — man darf deshalb den Trugschluss nicht ziehen, dass die Renitenz der Kleinhandelspreise gegen eine Parallelbewegung von konjunkturellem Vorteil wäre. Im Gegenteil, es muss eine Krisenverschärfung eintreten, wenn die Kleinhandelspreise den Grosshandelspreisen nicht in einem bestimmten Verhältnis (das durch verschiedene betriebswirtschaftliche Faktoren wie Zinsbelastung, andere fixe Kosten etc. mitbestimmt ist) folgen. Wenn die Kurve der Kleinhandelspreise der Kurve der Grosshandelspreise nicht in erwähnt notwendigem Masse folgt, dann muss einmal in der Produktion, insofern sie nicht monopolisiert ist, jeder Produktionsmaßstab fehlen, und es ist unmöglich, dass sich die grossen Warenverfügbarkeiten dem letzten Konsumenten mitteilen können.»

Heute begegnet man sehr oft der Auffassung, dass die psychologische Wirkung fallender Preise in Gross- und Kleinhandel identisch wäre. Das ist offensichtlich ein Trugschluss. Wenn die Grosshandelspreise aus irgendeinem Grunde allgemein fallen, so treibt das die Kaufleute zu grosser Zurückhaltung im Einkauf. Die Lager des Zwischenhandels werden möglichst rasch liquidiert oder im besten Falle schleppend nachgefüllt. Man wartet auf weitere Baisse, um günstig einzukaufen, und inzwischen ergeben sich jene Lahmlegungen des Wirtschaftsapparates, die wir leider allzu gut kennen. Diese Erscheinung hängt zusammen mit dem Gewinnstreben, das jeder kapitalistischen Unternehmung innewohnt. Der letzte Konsument aber, der in der übergrossen Zahl der Fälle von der Hand in den Mund lebt, ist nicht in der Lage, auf weitere Preisstürze zu warten. Er muss kaufen, wenn er leben will. Kauft er Waren, die über den Begriff des « absoluten Bedarfsartikels » hinausgehen, so wird er sich eindecken, sobald ihm eine bestimmte Ware « preiswürdig » erscheint. Da er aber seine Ware nicht auf Lager nimmt, um sie mit Nutzen wieder zu verkaufen, da « Handel treiben » nicht sein Metier ist, und da er mit dem Weltmarkt nicht in engem Kontakt steht, so wird er bei fallenden Preisen möglicherweise schon frühzeitig kaufen. Jedenfalls wird er bei sinkenden Kleinhandelspreisen nicht weni-

* Marbach: Störungen im Preismechanismus als Krisenfaktor. Heft 3 der Schriften des Föderativverbandes des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe. Bern.

ger kaufen als bei stabil bleibenden. Seine Psychologie ist nicht diejenige des Handelsstandes. Wenn aber — immer unter Voraussetzung gesunkener Grosshandelspreise — die Kleinhandelspreise (auch Fertigwarenpreise) nicht sinken würden, so ist gar nicht einzusehen, wie auf Grund der bestehenden Wirtschaftsorganisation der Güterstrom von der Produktion zum Konsumenten wieder in normalen Gang kommen könnte. Ohne Zweifel, das Absinken der Lebenskosten bringt, namentlich dann, wenn, wie in Deutschland, die Löhne über die Lebenskostenreduktion hinaus gesenkt werden, eine ungerechte Neuverteilung des Sozialprodukts mit sich, indem die Rentner ebenso sehr bevorzugt werden, wie sie in der Inflationszeit benachteiligt wurden. Wir können das bedauern, aber wir müssen es als das kleinere von zwei Uebeln in Kauf nehmen. Wir können und müssen für die Zukunft verlangen, dass ein krisenauslösender allgemeiner Preisfall der Grosshandelswaren nach Möglichkeit vermieden wird, dass wir international zu stabileren Preisverhältnissen gelangen; aber wir dürfen, wenn die Preiskatastrophe im Grosshandel einmal eingetreten ist, den Preisausgleich der Kleinhandelswaren nicht verhindern, ohne uns des gleichen Fehlers schuldig zu machen, den die Kartelle durch die künstliche Hochhaltung der Preise im allgemeinen begehen. Diese Argumente führen mich zum Schluss, dass die sozialdemokratischen Parteieninstanzen verschiedener Länder (z. B. der Schweiz und Deutschlands) und deren Vertreter an internationalen Konferenzen richtig handelten, als sie eine bessere Angleichung der Kleinhandelspreise an die gesunkenen Grosshandelspreise befürwortet haben. Zum Teil haben diese Instanzen, wie ja aus Ihrem Antrag ebenfalls hervorgeht, die Gefahren der monetär bedingten Labilität der Grosshandelspreise in bezug auf den Konjunkturverlauf erkannt, und sie haben mit entsprechender Kritik eingesetzt. Diese Kritik steht aber nicht im Gegensatz zu dem Verlangen der Angleichung der Detailpreise an die gesunkenen Grosshandelspreise. Das letztere Verlangen entspringt im Gegenteil der durchaus richtigen Erkenntnis, dass ein «Einfrieren» der Kleinhandelspreise nach dem leider jetzt gegebenen allgemeinen Fall der Grosshandelspreise die Dauer der Krise verlängern müsste. Auch wenn man der Ansicht ist, dass ein allgemeines Absinken der im Grosshandel bezahlten Preise zur Krise führen muss, so heisst das nicht, dass das Absinken der Kleinhandelspreise von gleichen Wirkungen begleitet sein müsse. Wir haben vielmehr gesehen, dass die «Renitenz» der Kleinhandelspreise ein Hindernis bei den Anstrengungen zur Ueberwindung der Krise darstellt. So, wie Sie, werter Genosse, das Wort «Preisabbau» in Ihrem Antrag verwenden, muss man darunter doch wohl «Preisabbau schlechthin» verstehen, d. h. man muss annehmen, dass Sie jene Unterscheidungen nicht anerkennen, die ich soeben zu begründen versucht habe. Sollte sich diese Annahme, wie auch Heft 1 Ihrer Schriftenreihe vermuten

lässt, bestätigen, so ergäbe sich daraus eine sehr bedeutende Meinungsverschiedenheit in bezug auf die praktisch wichtige (von mir bejahte) Frage, ob namentlich Kleinhandel und Fertigwarenindustrie die Preisvorteile, die ihnen aus gesunkenen Rohstoffpreisen zufließen, an den Konsumenten weiterzugeben haben oder nicht.

Resümierend komme ich zu dem Schluss, dass Ihre Absicht, eine ernsthafte Prüfung des monetären Arguments in der Partei zu veranlassen, grundsätzlich zu begrüßen ist. Wir müssen unabhängig von irgendwelcher dogmatischen Einstellung und ohne Rücksicht auf «lieb gewordene Theorien» die Kernfrage der Wirtschaft zu beantworten versuchen: Warum ist es möglich, dass Millionen von Menschen angesichts der gewaltigsten Gütervorräte und angesichts unausgenutzter Produktionskapazitäten hungern oder zumindest ihren Bedarf nicht annähernd im Ausmasse der produktionsmässig gegebenen Möglichkeiten decken können? Angesichts der Souveränität dieser Schicksalsfrage hat jede (oft auch nur vermeintliche) Dogmatik in die zweite Linie zu treten.

In bezug auf Ihren positiven Antrag haben Ihnen jedoch meine Ausführungen gezeigt, dass ich ihm in dieser Formulierung nicht zustimmen könnte. Ich glaube auch nicht, dass er in dieser Form Aussicht auf Annahme am Parteitag hat. Es wäre aber m. E. sehr zu bedauern, wenn der vorliegenden Formulierung des Antrages wegen ein intensiveres Studium der sogenannten monetären Krisenursachen innerhalb der Partei neuerdings verschoben würde. Ich hätte es deshalb begrüßt, wenn Sie vorerst nur verlangt hätten, dass die S. P. D. die Initiative ergreift, um auf einer internationalen Zusammenkunft von kompetenten Parteigenossen eine Abklärung herbeizuführen, die erlauben würde, auf geld-, währungs- und kreditpolitischem Gebiet zu der wünschenswerten, eingangs als notwendig dargelegten Aktionseinheit zu gelangen. Meine, wie Sie wissen, langjährigen Bemühungen, die Arbeiterschaft auf die Bedeutung der Geldpolitik aufmerksam zu machen, schützen mich vor dem Verdacht, durch meinen Vorschlag lediglich der Vertagung einer dringenden Angelegenheit das Wort reden zu wollen. Ich kenne die Verhältnisse in Deutschland nicht so genau wie Sie, allein ich vermute, dass die Bedenken, die ich gegen Ihren Antrag hege, in Deutschland noch reger sind. Es scheint mir daher, ganz abgesehen von den nicht unbedeutenden theoretischen Differenzen, im Interesse grundsätzlicher Erfolgsmöglichkeiten vorteilhafter zu sein, in einer so strittigen Frage auf das «Aut Caesar, aut nihil» zu verzichten.